

Parroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität
Ausgabe Nr. 35
Mai 2019

Europa muss sich ändern

Gespräch mit Martin Schirdewan, Spitzenkandidat der LINKEN zur Europawahl

Martin, die Europawahl steht vor der Tür und es wird viel gesprochen von einer Richtungs- oder sogar einer Schicksalswahl für die EU. Wie siehst Du das?

Das stimmt auf jeden Fall! Schon jetzt sammeln sich rechte, rechtsradikale und offen neonazistische Abgeordnete in drei verschiedenen Fraktionen jenseits der Europäischen Volkspartei. Die machen gut 20 Prozent der Abgeordneten aus und wollen ihren Anteil noch steigern. Das wäre extrem gefährlich für das Europaparlament und letztlich auch die EU.

Viele unterscheiden schlicht in pro- und antieuropäisch. Wo steht da DIE LINKE?

Die EU ist nicht gleichbedeutend mit Europa. Der neoliberale Marktradikalismus hat den Aufstieg der rechten Europahasser ermöglicht. Wir dagegen werben für ein soziales Europa für die Menschen, das sich gleichzeitig gegen rechts, aber auch gegen eine blinde Marktkonformität stellt.

Welche Punkte sind Deiner Meinung nach dabei wichtig?

Uns schwebt eine gesamteuropäische Gesellschaft vor, die solidarisch ist. Mit einer aktiven Gestaltung der Digitalisierung und der Sicherung der sozialökologischen Wende wollen wir zeigen, dass es auch anders geht. Konkrete Sozialpolitik etwa muss sich gegen Jugendarbeitslosigkeit und Altersarmut richten. Das kann nur über flächendeckende, ausreichend hohe Mindestlöhne passieren. Schon jetzt leben 20 Prozent der Europäer*innen ab 55 Jahren in Altersarmut oder sind davon bedroht. Das liegt auch daran, dass die bestehenden Mindestlöhne schlicht nicht armutsfest sind.

Das funktioniert vermutlich nicht

ohne Umverteilung. Wie sind diese Projekte zu finanzieren?

Allen ist klar, dass das Steuerdumping zwischen verschiedenen EU-Ländern die gesamte Union um viel Geld bringt. Gerade Digitalkonzerne zahlen lächerlich geringe Steuern in einigen wenigen Ländern. Außerdem ist jeder Euro in sozialen Projekten besser angelegt als in Rüstungs- und Militärausgaben. Und da liegen Milliarden.

Was bedeuten solche Forderungen für den Prozess der europäischen Integration?

Als Linke unterstützen wir natür-

lich internationalistische Anstrengungen und stärken grenzübergreifende Zusammenarbeit. Man muss aber sehen, dass die EU-Institutionen aktuell unter einem Demokratiemangel leiden und die politischen Entscheidungen fast immer Wirtschaftsinteressen vor die der Bürgerinnen und Bürger stellen. Wo Institutionen, Politik und Verträge einen einseitigen Integrationsprozess befeuern, der Bevölkerungen in unterschiedlichen Mitgliedsstaaten gegeneinander ausspielt, müssen wir sie ändern.

Interview: Alex Cramer



▲ Martin Schirdewan, linker Spitzenkandidat, im Wahlkampfeinsatz

Am Richtsberg sanieren!

Kosten dürfen nicht Mieter*innen aufgebürdet werden

Damit hatte die GWH Wohnungsgesellschaft nicht gerechnet. Die Mieter*innen von 404 Wohnungen am Richtsberg protestierten energisch gegen neue Mieterhöhungen, die mit Modernisierungsmaßnahmen durch eine zentrale Nahwärmeversorgung begründet wurden. Sie kritisierten die kurzfristige Ankündigung, die Undurchsichtigkeit der Maßnahme sowie

die geplante Erhöhung der Nebenkosten für Heizung und Warmwasser. Sie hielten Versammlungen ab, demonstrierten auf der Straße und im Stadtparlament. Auch der Ortsbeirat und Stadtverordnete engagierten sich. Bereits 2018 hatte es eine Mieterhöhung gegeben. Erneute Mehrkosten hätte viele nicht mehr bezahlen können.

Fortsetzung S. 2

Kommentar

Für eine humane Europäische Union

In der EU dominierten stets Wirtschaftsinteressen. Die sogenannten europäischen Grundfreiheiten gelten vor allem für Waren- und Kapitalströme, weniger für Menschen. Erst der Wegfall von Grenzkontrollen verankerte die innereuropäische Freizügigkeit.

In den letzten Jahren machten die EU und ihre „Grenzschutzagentur“ Frontex mit einer zutiefst menschenverachtenden Politik von sich reden. Alles wird dafür getan, aus Bürgerkriegs- und Armutsregionen flüchtende Menschen möglichst bald in Elend und Gefahr zurückzuschicken. Repressionen gegen zivile Seenotrettung sorgen dafür, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken oder in libyschen Auffanglagern unter schlimmsten Bedingungen festgehalten werden.

Die EU ist ein Projekt der wirtschaftlich Mächtigen. Ihre Politik ist durch Sozialabbau, Privatisierung und Aufrüstung geprägt. Und doch steckt in der Idee, die solidarische Zusammenarbeit in Europa zu stärken, eine Menge an progressivem Potenzial. Die Frage ist, inwieweit wir dafür sorgen können, dass die EU ein Projekt wird, das den einzelnen Menschen tatsächlich hilft – angefangen bei hohen Sozialstandards, einer gerechten Besteuerung von Unternehmen bis zu einer friedlichen Außenpolitik.

Wie dies geschehen kann, wird heiß diskutiert. Fest steht aber: Der einzige Weg, um soziale Perspektiven in der EU durchzusetzen, geht fürs Erste über die Stärkung der parlamentarischen und außerparlamentarischen Linken.

Dorian Tigges

Termine

▶ **Wahlabend der LINKEN**

So., 26. Mai, ab 17.30, Käte-Dinnebier-Saal, DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg

▶ **Gründung einer Gruppe der Linksjugend Solid**

Di., 28. Mai, 17.00 Uhr, DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg

▶ **Öffentliche Mitgliederversammlung der LINKEN**

Thema u.a.: Auswertung EU-Wahl
Do., 20. Juni, 19.30 Uhr, DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg

Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro bzw. im Käte-Dinnebier-Saal, DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg

▶ **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, 3. Do. des Monats, 19.30 Uhr

▶ **Marburger Linke** erweiterte Fraktion, montags, 20.00 Uhr

▶ **DIE LINKE. Kreis AG** freitags, 15.30 Uhr

▶ **Studierendenverband SDS.die linke**, dienstags, 20.00 Uhr, www.sds-marburg.de

Im Dinnebier-Saal tagen auch die **AG Linke Christ/innen** und die **Roten Biber - Sozial.öko.logische AG**

▶ **Stammtisch des LINKEN-Stadtverbandes Marburg**
1. Mittwoch im Monat, ab 20 Uhr, Gaststätte Schamdan, Weidenhäuser Str. 72, Marburg

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf und Fraktion Marburger Linke

Redaktion: Renate Bastian (verantwortl.), Nico Biver, Ingeborg Cernaj

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 16.5.2019

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de



Foto: Nico Biver

▲ Wohngebäude der GWH in der Sudetenstraße

Fortsetzung von S. 1

Am Richtsberg sanieren!

Keine Frage: Eine Sanierung der Häuser am Richtsberg tut bitter not. Bei Besuchen in den Gebäuden wurden lange Mängellisten zusammengestellt, die den gesamten Renovierungsstau deutlich machten. Dabei hatte sich die GWH mit

dem „Integrierten Energetischen Quartierskonzept Richtsberg“ verpflichtet, eine Sanierung ihrer Häuser vorzunehmen, um damit Energie zu sparen, ohne die Kosten für die Mieterinnen und Mieter zu erhöhen. Was aber soll eine gute Heizung,

Öffentliche Profitsucht

GWH handelt wie jedes kapitalistische Unternehmen

Als Roland Koch (CDU) 1999 Ministerpräsident wurde, besaß das Land Anteile an fünf Wohnungsgesellschaften. Dazu gehörte auch die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Hessen (GWH), die ca. 50.000 Wohnungen besitzt oder verwaltet, davon 1.488 in Marburg. Sie war zu 90 Prozent im Landesbesitz. Das Land wollte die Wohnungsgesellschaften verkaufen, nicht nur um Haushaltslöcher zu stopfen, sondern auch weil man einen Wohnungsmarkt „möglichst ohne staatliche Regulierung“ brauche (Wirtschaftsminister Dieter Porsch, FDP). Schon 1999 strebte die Landesregierung eine Satzungsänderung der Wohnungsunternehmen an, um die auf vier Prozent beschränkte Dividende heraufzusetzen und sie so attraktiv für Käufer zu machen. Seitdem hat sich die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen halbiert.

Im Jahr 2000 verkaufte das Land die GWH an die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba). „Von der einen Tasche in die andere“, könnte man meinen, denn die Helaba ist eine „Anstalt des Öffentlichen Rechts“,

die diversen Sparkassen- und Giroverbänden und zu kleineren Teilen den beiden Ländern gehört. Aber weit gefehlt, denn die GWH funktioniert seitdem wie jedes andere kapitalistische Unternehmen. Ihr Ziel ist nicht, möglichst vielen Menschen bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, sondern die „Erhöhung der Bestandsrentabilität durch Nutzung von Mieterhöhungspotentialen“, wie es im letzten Jahresabschluss der GWH heißt. So wurden auch die jüngsten Mieterhöhungen in Marburg nicht mit gestiegenen Kosten begründet, sondern damit, dass die Gesetze eine entsprechende Erhöhung erlauben. Folgerichtig strich die GWH 2012 das Wort „gemeinnützig“ aus ihrem Namen.

Ergebnis dieser Politik war im Jahr 2017 ein Gewinn von 85,8 Mio. Euro, der nach Abzug von Steuern an die Helaba floss. Das macht pro Wohnung der GWH 2163 Euro oder 180 Euro monatlich aus.

Das Beispiel GWH zeigt, dass öffentliche Unternehmen sich oft nicht vom öffentlichen Interes-

wenn die Wärme durch die zugigen Fenster entflucht? Allgemeine Schlussfolgerung: Ein Beirat muss die Interessen der Mieter*innen gegenüber der GWH vertreten.

Der gemeinsame Protest brachte die Wohnungsgesellschaft dazu, von den teuren Plänen Abstand zu nehmen. Nun hat sie damit gedroht, den geplanten Bau von 120 Sozialwohnungen in Marburg zu widerrufen, um anderswo zu investieren. Das kann als Versuch gewertet werden, Druck auf die Kommunalpolitik sowie auf die Mieter*innen auszuüben, denn bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware. Das darf nicht hingenommen werden.

Die Marburger Linke ist der Meinung, dass mit den anderen Wohnungsbaugesellschaften gesprochen werden muss, damit sie die 120 Wohneinheiten im Innenstadtbereich errichten. Außerdem kommt man um eine mietneutrale energetische Sanierung am Richtsberg keinesfalls herum.

Bernd Hannemann

se, sondern vom Profitprinzip leiten lassen, entweder, weil die politischen Gremien das so wollen oder diese selbst keine Kontrolle über das Unternehmen haben. Im Falle der GWH fordert die Landtagsfraktion der LINKEN, dass die Landesregierung Maßnahmen ergreift, damit Mieterinteressen bei der GWH wieder zum Tragen kommen. Sollte das nicht klappen, müsste die GWH wieder unter die direkte Kontrolle des Landes kommen, und unter Beteiligung der Mieter*innen, der Belegschaft und der Gesellschaft verwaltet werden.

Nico Biver

Bleiberecht gefordert

Auf Antrag der Marburger Linken unterstützte die Stadtverordnetenversammlung die Petition beim Hessischen Landtag für eine von Abschiebung bedrohte algerische Familie aus Marburg. Sie bat den Magistrat, alles in seiner Macht Stehende zu unternehmen, um ein Bleiberecht der Familie zu erwirken. Der Fall der Familie von Fatima A. und Tarek R., die Mitte Januar in einer überraschenden Aktion abgeschoben werden sollte, hatte über die Grenzen der Stadt hinaus für Aufsehen und Empörung gesorgt.

Mobilität ohne Straßenneubau

Marburger Linke fordert Bürgerbeteiligung durch ein neues Verkehrsforum

Die Bewohner*innen der westlichen Stadtteile haben in der ersten Maiwoche zwei dicke verkehrspolitische Ausrufezeichen gesetzt. Auf der gut besuchten Bürgerversammlung wurde deutlich: Nachhaltig, kompetent und ideenreich wehren sich viele dagegen, Verkehrsprobleme durch den Bau neuer Straßen wie eine

Westtangente angehen zu wollen. Dabei ist allen klar, dass die Blechlawine manchen Stadtteilen wie der Ketzerbach, der Marbach oder Ockershausen buchstäblich die Luft abdrückt.

Nun brachte der Magistrat den Allnatalweg ins Gespräch und erntete einen Sturm des Widerstands. Of-

fenbar beeindruckt redet man zwischenzeitlich von einem großen, angeblich völlig offenen Dialog, der alle nur denkbaren Varianten prüft. Dagegen forderten zahlreiche Diskutant*innen als schnell umsetzbare Lösungen: Modellversuch kostenloser ÖPNV für zwei Jahre; Jobticket bezahlt durch die Behring-Nachfolgeunternehmen; viel bessere Busanbindungen und mehr Fahrradwege. Skepsis erntete das städtische Konzept eines langwierigen Planungsverfahrens und nicht näher präzisierter Bürgerbeteiligung.

Am Tag der Mobilität radelten dann, trotz Wintereinbruchs, mehr als 150 sternförmig aus den Außenstadtteilen zum Erwin-Piscator-Haus. Das bot reichhaltige Präsentationen. Es diskutierten Verkehrswende-Initiativen, Magistrat und Verwaltung und viele interessierte Menschen. Eine verlässliche Antwort, wann konkret denn endlich Geld in die Hand genommen wird für neue und besser getakte-

te Buslinien, erhielten sie nicht. Da kann Oberbürgermeister Thomas Spies noch so öffentlichkeitswirksam in die Pedale treten: Seit seinem Amtsantritt vor drei Jahren ist noch kein Meter neuer Fahrradweg gebaut worden. Vor dem Hintergrund dieser Debatten fordert die Marburger Linke jetzt im Stadtparlament:

- Einrichtung einer eng getakteten Ringlinie zum Standort Görzhäuser Hof, mitfinanziert von den Unternehmen.

- Sofortige Konzeptionierung und Einrichtung eines neuen Marburger Verkehrsforums, das von Anfang an alle interessierten Bürger*innen, die Gewerkschaften und Betriebsräte der Behring-Nachfolgebetriebe, Verkehrsinitiativen usw. in den Planungsprozess einbezieht.

Westtangente und Behring-Tunnel scheinen angesichts des massiven Widerstands zunächst wieder in den Schrank gelegt. Wachsamkeit bleibt aber geboten.

Henning Köster



Foto: Nico Biver

▲ Die Behring-Nachfolgefirmen in Marbach und am Görzhäuser Hof (hier GSK-Werk) sorgen für zunehmenden Pkw- und Lkw-Verkehr

Gelder für einen linken Kurswechsel

Linke Haushaltsvorschläge setzen Akzente in der Verkehrs-, Bau- und Sozialpolitik

Als mut- und kraftlos kritisierte die Marburger Linke den Haushaltsentwurf des Magistrats für das Jahr 2019, der im März verabschiedet wurde. Die finanzielle Lage Marburgs entwickelt sich, wie es die Marburger Linke erwartet hatte, weiterhin positiv. Es könnte aber mehr Geld in der Kasse sein, wenn der Magistrat das Gewerbesteuerdumping aufgeben würde. Der ZIMT-Koalition fehlt zudem die Courage, ein vorausschauendes Gesamtkonzept zu entwerfen, wie sich die Stadt insgesamt in den kommenden Jahren weiterentwickeln soll.

Bisher reagierte man nach dem Prinzip der Feuerwehr: Wenn eine Notlage entsteht, sei es beim bezahlbaren Wohnraum oder in der Verkehrspolitik oder, oder – dann wird ein Pflaster aufgelegt. So entsteht nur Flickwerk. Dagegen hatte die Marburger Linke zur Lösung der Verkehrsprobleme von der Innenstadt bis in den Marburger Westen

einen innovativen Vorschlag unterbreitet: Die Behring-Nachfolgefirmen sollen ein Jobticket für die Beschäftigten einführen. Tun sie es nicht, muss dies über die Stadt, und zwar für alle Beschäftigten, geschehen, finanziert durch eine entsprechende Erhöhung der Gewerbesteuer. Mit zusätzlichen Schnellbuslinien und einem Nulltarif für Stadtpassinhaber*innen soll 2019 eine Steigerung der ÖPNV-Fahrgastzahlen um 10 Prozent erreicht werden. Ein drastischer Ausbau der Radwege könnte das Konzept abrunden. Das Pkw-Aufkommen soll sich allein 2019 um 3,5 Prozent verringern.

Für weitere wesentliche Bereiche formulierte die Marburger Linke ebenfalls übergeordnete Ziele als Grundpfeiler für ein Stadtentwicklungskonzept. So für den sozialen Wohnungsbau: 120 neue Wohnungen sollen pro Jahr gebaut werden. Entsprechend müssen Wohnungsbaudarlehen erhöht werden.

Denn gerade bei der Bereitstellung bezahlbarer Wohnungen hinkt Marburg den selbstgesteckten Zielen hinterher.

Weitere Zielsetzung: Ein besserer Klimaschutz kann erreicht werden durch eine warmmietenneutrale energetische Sanierung der Mietwohnungen. Für den kulturellen Bereich sollen endlich schon in die Jahre gekommene Pläne verwirklicht und 5 Prozent des Etats bereitgestellt werden.

Zur vorausschauenden Politik gehört auch, dass im Haushalt Mittel zur Unterbringung von Geflüchteten bereitgestellt werden. Die Marburger Linke fordert 500.000 Euro.

Derart sollte sich der Haushalt mittelfristige konkrete Ziele setzen, um eine gedeihliche Entwicklung für die gesamte Stadtgesellschaft anzustoßen.

Renate Bastian

Die Haushaltsanträge der Marburger Linken sind abrufbar unter: www.die-linke-marburg.de/?page=23

H8 hinausgedrängt

Das Havanna 8 schließt nach 33 Jahren den Laden. Die neue Miete ist nicht mehr zu leisten, sie trieb die letzte linke Kneipe ins Aus. Das Prinzip der Kollektivkneipe wollte dem neuen Eigentümer auch nicht recht einleuchten. Marburg liegt schließlich auf Platz 19 der attraktivsten Renditebedingungen für Immobiliendienstleister von 120 untersuchten Städten. Also fiel nun auch das Havanna 8 dem Renditestreben zum Opfer.

Ganz damit abfinden wollen sich die Marburger*innen aber nicht. Im April besetzten Aktivist*innen die Kneipe und forderten die Stadtpolitik auf, Räumlichkeiten zu finden und das Überleben der Kneipe zu sichern. Die ZIMT-Koalition sah sich genötigt, sich mit dem Thema zu befassen. Und schwor heilige Eide...

Lise Kula



Foto: Renate Bastian

Kein Herz für Familie Pohl?

DVAG-Griff nach Grundstück am Afföller stößt auf vielfachen Widerstand

Geht es nach dem Willen der Pohl-Familie, entsteht auf dem Afföller-Gelände neben dem Café Trauma eine Seniorenresidenz und ein von den Stadtwerken verwaltetes Parkhaus.

Bauherr soll eine bislang unbekannte Marburger Gesellschaft für Projektförderung (MPG) sein, eines der mindestens 58 Unternehmen, die von Mitgliedern der Familie Pohl kontrolliert werden. In der Anneliese-Pohl-Allee, wo die Deutsche Vermögensberatung Holding (DVAG Holding) ihren Sitz hat, befinden sich allein 26 dieser Firmen, darunter auch die MPG, von der keinerlei Tätigkeiten bekannt sind.

Sie gehört der Familienstiftung Anneliese und Reinfried Pohl. Diese dient nicht der Förderung von Familien, sondern hat als einzigen Zweck, die „Unterstützung des Stifters und der leiblichen Kinder des Stifters sowie der weiteren leiblichen Abkömmlinge des Stifters“ inklusive der Wahrung des Andenkens und des Ansehens der Mitglieder der Pohl-Familie.

Und wie man es nicht anders gewöhnt ist, hat der Magistrat ein of-



▲ Hier will die Pohl-Stiftung ein Seniorenheim mit Parkhaus errichten

fenes Ohr für die neuen DVAG-Ab-sichten. Obwohl er bisher planlos war, was den Afföller angeht, hat er sich sofort bereit erklärt, zu prüfen, ob er ein Grundstück abgeben kann.

Die auf dem Afföllergelände beheimateten Café Trauma, Theater neben dem Turm (TNT) und Marburger MusikerInnen Verein (MMV) haben das Projekt sehr kritisch bis

ablehnend beurteilt, da sie sich kaum vorstellen können, dass es zu keinen Konflikten wegen Lärmbelästigung kommen würde. Der MMV befürchtet massive Nutzungseinschränkungen und den Verlust des Probenhauses. TNT und Trauma wollen nach dem Rat handeln, den man ihnen vor etlichen Jahren von der Stadtplanung gegeben habe: „Seid wachsam, wenn die Deutsche Vermögensberatung ihren Fuß über die Brücke auf die Afföllerriesen setzt.“

In der Stadtverordnetenversammlung stießen die DVAG-Plä-

ne auf den Widerstand von Grünen und Marburger Linke. Die Marburger Linke kritisierte, dass überhaupt über die Veräußerung von städtischen Flächen für private Renditeobjekte nachgedacht wird. Die Stadt verliert dadurch weitere eigene Gestaltungsmöglichkeiten. Auch stoßen alle Parkhauspläne am Afföller bei der Marburger Linke auf Ablehnung, da damit noch mehr Verkehr in die Innenstadt geholt werde, solange nicht andere Parkplätze in der Innenstadt entfernt würden.

Nico Biver

Wer braucht eine Stadtpolizei?

Bürgermeister Wieland Stötzel (CDU) hat das Ordnungsamt umgebaut. Dort gibt es die Verkehrsüberwachung und jetzt die Stadtpolizei. Damit will er in Marburg „ein Gefühl der Sicherheit“ verströmen.

„Das ist faktisch eine Schwächung der Verkehrskontrollen zugunsten eines Schaulaufens von verstärkten Streifengängen“, so der Stadtverordnete Henning Köster. Die Gefahr, Opfer von Raserei zu werden, sei um ein Vielfaches höher als die, als Passant Opfer einer Gewalttat etwa am Lahnufer zu werden. „Es wird höchste Zeit, dass die öffentliche Sicherheit den Realitäten entsprechend definiert wird. Es braucht mehr Personal in der Verkehrsüberwachung und keine ‚Aufrüstung‘ durch eine Stadtpolizei.“

DVAG bei Parteispenden spitze

679.500 Euro haben die Unternehmen der Marburger Pohl-Familie im Bundestagswahljahr 2017 an Parteien gespendet. Das ist mehr als andere Unternehmen und Vereinigungen spendeten.

Hauptnutznießer der DVAG sind die CDU (434.000 Euro) und die FDP (159.000 Euro). Seit 2009, nachdem Reinfried Pohl zum Marburger Ehrenbürger ernannt und die Gewerbesteuer gesenkt wurde, erhielten auch die SPD und die Grünen unregelmäßig Spenden im fünfstelligen Bereich. Die SPD bekam 2017 42.000 Euro und die Grünen – nach zwei Jahren Pause – 45.000 Euro.

Die Spenden an beide Parteien flossen anfangs nach eigenen bzw. Presseangaben an ihre Par-

tei-Gliederungen in Marburg. Aber inwieweit die DVAG heute durch ihr Spendengebaren nicht nur Einfluss auf die Landes- oder die Bundespolitik nimmt, sondern auch auf die Marburger Politik, lässt sich leider nicht sagen, da die Rechenschaftsberichte nicht ausweisen müssen, an welche Partei-gliederungen gespendet wurde.

„Es wäre ein Fortschritt, wenn – wie es z.B. Lobby-Control fordert – endlich volle Transparenz bei Parteispenden geschaffen würde“, sagte der Marburger Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete Jan Schalauske. „Das Übel aus der Welt entfernen, kann aber nur gelingen, indem Unternehmensspenden an Parteien verboten werden.“

Nico Biver

Viel versprochen – nix gehalten

Das 2017 mit viel Tamtam angekündigte Bauprogramm für Kindertagesstätten (KiBaP) ist in Wirklichkeit ein Rückschritt. Bis zum Haushalt 2019 gab es kein KiBaP. Die Investitionen sind sogar zurückgegangen, wie die Zahlen der Stadt

auf eine kleine Anfrage der Marburger Linken beweisen. Für 2019 sind laut Plan 2.260.800 Euro vorgesehen, die gleiche Summe wie 2018. Aber 2018 wurden auch nur 1.614.341 davon wirklich investiert.

Roland Böhm

Investitionen in Marburger Kitas 2016 – 2018 (in Euro)

Jahr	Investitionen	Bauunterhaltung	Summe
2014	3.875.512	151.113	4.026.625
2015	2.273.291	291.058	2.564.350
2016	3.296.591	211.418	3.508.009
2017	1.499.114	170.629	1.669.743
2018	1.341.754	272.588	1.614.341

Umsonst ist der Tod nicht

Linke fordert Halbierung der Friedhofsgebühren

Bis 2021 sollen die Friedhofsgebühren um 7 und 23 Prozent steigen. Damit bleibt Marburg Spitzenreiter in Hessen. Das hat ein Vergleich mit den Gebührensätzen der anderen Städte über 50.000 Einwohner*innen durch die Fraktion Marburger Linke ergeben.

Grund für die Rekordgebühren sind nicht so sehr die Beerdigungskosten, sondern die Grabnutzungsgebühren, vor allem bei Urnengräbern, die doppelt so hoch wie der hessische Durchschnitt sind. So betragen zum Beispiel bei Erdbestattungen die neuen Nutzungsgebühren für ein Ein-Personen-Wahlgrab für 30 Jahre 3.000 Euro. In Wetzlar sind es nur 1.140 Euro. Für ein Urnenwahlgrab beträgt die 30-Jahres-Gebühr 2.340 Euro, in Fulda nur 695 Euro – für 40 Jahre.

Die Gebührenerhöhung mit dem Kostendeckungsprinzip zu rechtfertigen, geht nur mit einer sehr kreativen Kostenrechnung. Die Angehörigen müssen heute für Kosten mit aufkommen, die die Bestattungskultur früherer Generationen verursacht hat. Da heute 60 Prozent der Verstorbenen eingäschert werden, ist der Platzbedarf für Gräber stark zurückgegangen. Die meisten Kosten verursachen heute die Pflege der Grün- und Parkanlagen. Im Stadtparlament wies Renate Bastian darauf hin, dass man diese Kosten nicht allein den Angehörigen anlasten könne.

Der CDU-Haushaltsexperte Roger Pfalz verteidigte die hohen Gebühren mit der Behauptung, die Zahlen der Marburger Linken seien falsch. Er berief sich auf eine Broschüre des Bundes der Steuerzahler aus dem Jahre 2010 (!). Dabei hatte er wohl übersehen, dass 2012 die Gebühren in Marburg massiv erhöht worden waren.

Die Marburger Linke forderte, dass die Friedhofsgebühren auf den hessischen Durchschnitt gesenkt werden. „Wenn andere Städte es sich leisten können, kann Marburg das auch“, erklärte Bastian.

Nico Biver

„Für eine enkeltaugliche Zukunft“

Philip Kaufmann, neuer Co-Vorsitzender der LINKEN Marburg-Biedenkopf, stellt sich vor



Foto: Nico Biver

▲ Philip Kaufmann bei der Wahlkundgebung der LINKEN am 8. Mai

Liebe Marburgerinnen und Marburger,

seit Anfang Februar bin ich – gemeinsam mit Inge Sturm – Kreisvorsitzender der LINKEN Marburg-Biedenkopf. Auf diesem Wege möchte ich mich Ihnen vorstellen und beschreiben, wofür ich stehe, Ich bin 37 Jahre alt, in Rauischholzhausen aufgewachsen und

wohne seit vielen Jahren in Marburg. Mehr als 15 Jahre habe ich im IT-Bereich gearbeitet und studiere nun parallel dazu im vierten Semester Politikwissenschaft. Die Motivation, mich parteipolitisch zu engagieren, reifte während der Kommunalwahlkämpfe und geht maßgeblich auf viele, oft zufällige Begegnungen und Gespräche insbesondere mit Jan Schalauske zurück. Ein ausgeprägter Gerechtigkeitssinn sowie die Erkenntnis, dass so Vieles auf unserem Planeten falsch läuft, sind neben meinem grenzenlosen Optimismus eine kraftvolle Mischung für

eine linke, feministische und sozial-ökologische Politik. Konkret stehen wir als LINKE vor vielfältigen täglichen Herausforderungen, seien sie global, europäisch oder auch kommunal. Aufgrund der vorherrschenden marktradikalen Art zu „leben“, zu produzieren und zu konsumieren erleben wir eine nie dagewesene (menschengemach-

te) Klimakrise sowie stetig wachsende soziale Ungleichheit. Es gibt eine massive anti-demokratische Rechtsbewegung. Und trotz 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland sind wir noch immer nicht in einer echten Gleichheit der Geschlechter angekommen – ein unhaltbarer Zustand!

Neben konkreten Reformschritten zur Verbesserung der Situation von Mensch und Umwelt durch eine sozial-ökologische Agrar-, Energie- und Verkehrswende (u.a. Nulltarif im ÖPNV, Kohleausstieg, Ausbau der ökologischen Landwirtschaft) glaube ich ganz fest daran, dass wir mehr Mut haben müssen. Mut für konkrete Utopien einer solidarischen, nicht-kapitalistischen, demokratischen Zukunft des guten Lebens für alle Menschen und unserer Umwelt. Mut, dies gemeinsam zu erdenken, auszuprobieren und unser Handeln an einer enkeltauglichen Zukunft auszurichten – auch hier in Marburg. Dafür werde ich mich einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Philip Kaufmann



Foto: Götz Schaub

▲ Neuer Kreisvorstand der LINKEN: Sigurd Meier, Miguel Sanchez, Dieter Klosowski (Schatzmeister), Philip Kaufmann (Vorsitzender), Inge Sturm (Vorsitzende), Alex Cramer, Max Peters (vlnr.) und Elisabeth Kula (nicht abgebildet).

LINKE will Defizite ausbügeln

Der jährliche Parteitag der LINKEN Marburg-Biedenkopf stand in diesem Jahr schon ganz im Zeichen der Europa-Wahl. Zu Beginn des Parteitages am 9. Februar in Marbach erläuterte Martin Schirde- wan, der designierte Spitzenkandidat der LINKEN für die Europa-Wahl

die Politik der Partei gegenüber der EU. Anschließend blickte der alte Kreisvorstand auf das Jahr 2018 zurück. Der Erfolg bei den Landtagswahlen und der Einzug von Elisabeth Kula und Jan Schalauske in den Landtag, wurden ebenso gewürdigt wie die erfolgreiche Arbeit

zweier Arbeitsgemeinschaften: der „Linken Christ/innen“ und der „Roten Biber – sozial.öko.logische AG“.

Die Mitgliederzahl wuchs auch 2018, wenn auch nicht mehr so schnell wie im Vorjahr, auf mittlerweile 267. Obwohl DIE LINKE 2018 außerhalb Marburgs stärker zugelegt hat als in ihrer Hochburg, bleibt die mangelnde Präsenz in den anderen Kreisgemeinden eine Schwachstelle, die der neue Vorstand angehen will. Ebenso will er den Kreisverband und seine Leitungsgremien attraktiver für Frauen machen.

Der Parteitag solidarisierte sich mit den Mieter*innen der GWH am Marburger Richtsberg, sprach sich für die Abschaffung des § 219a und gegen eine militärische Intervention in Venezuela aus.

Zum neuen Co-Vorsitzenden wählte der Parteitag einstimmig Philip Kaufmann, der zusammen mit Inge Sturm den Kreisverband leiten wird.

Nico Biver

Gastkommentar

Wieder und wieder um Europa bemühen

Es mehren sich auf der politischen Linken die Stimmen, die sich grundsätzlich gegen die EU und damit gegen diese Wahl aussprechen. Ich gehöre nicht dazu.

Die Argumente der EU-Kritiker wiegen indes schwer. Die Union der demnächst 27 Länder ist unsozial, sie tut nichts gegen die Armut und Altersarmut, gegen die Zwei- oder Dreiklassenentlohnung in ihren Grenzen, gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Sie hat durch die Einführung des EURO die deutsche Exportwalze ermöglicht und fördert diese täglich.

Sie duldet offen xenophobe Regierungen in ihren Reihen, kämpft nicht entschieden für Geschlechtergerechtigkeit, duldet offen rechtsradikale Kräfte.

Sie agiert neokolonial, hat die Chancen vertan, durch eine neue Logik der „terms of trade“ mit den sogenannten Entwicklungsländern etwas an der ständig wachsenden Ungleichheit zu tun.

Und: Nicht nur, dass sie nichts tut zur Fluchtursachenbekämpfung – jetzt rüstet sie auch noch offensiv auf!

Nur, wo liegen die Alternativen? In der Rückkehr zu Nationalismen? Was blühte da gerade uns in Deutschland?

Ich bin dafür, dass wir wieder und wieder versuchen, die EU zu demokratisieren, dass wir Synergien zwischen sozialen Bewegungen in den einzelnen Ländern nutzen, um durch viele Fridays for future, durch viele Gelbwesstenbewegungen das gemeinsame Haus wieder für die Menschen bewohnbar machen. Dass wir die Rüstungskonversionsbewegung auf europäischer Ebene neu beleben, dass wir EU-Gesetze machen gegen die unerträgliche Steuerhinterziehung und „vermeidung“, dass wir voneinander lernen, wie der Jugend eine Zukunft zu geben ist.

Gerade die sozialen Bewegungen könnten vom Haus Europäische Union profitieren! Neben dem parlamentarischen Kampf gilt es allerdings, unsere Präsenz auf der Straße erheblich zu steigern.

PD Dr. Johannes M. Becker,
Friedensforscher, Marburg

Linkes Vorbild Portugal?

In Lissabon tolerieren Linke und Grüne die sozialdemokratische Minderheitsregierung

Mitten im Wahlkampf zum Europaparlament hatte DIE LINKE in Marburg am 8. Mai das Präsidiums- und Gründungsmitglied des Linksblocks Portugals Luis Fazenda zu Gast. Die Schwesterpartei der LINKEN bekam bei den letzten Parlamentswahlen rund 10 Prozent der Stimmen. Im Zentrum der spannenden Diskussion stand dabei die Frage, inwieweit eine radikale Linke zwischen Opposition und Regierungsbeitrag ein Vorbild für andere Länder sein kann.

Die heutige portugiesische Minderheitsregierung der Sozialistischen Partei (PS) ist seit den Parlamentswahlen von 2015 im Amt und wird seitdem vom Linksblock und der CDU, einem Wahlbündnis von Kommunisten und Grünen, toleriert. Das bedeutete auch eine Zäsur in der jüngsten Geschichte von Portugal und auch der sozialdemokratischen PS. Nach dem Sturz der faschistischen Diktatur 1974 führten unterschiedliche Konstellationen in den Regierungen das Land weg von den sozialistischen Zielen der Nelkenre-



Foto: Nico Beyer

▲ Luis Fazenda bei der Veranstaltung der LINKEN im Stadtverordnetensitzungssaal

volution hin zu einer neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Nach der Bankenkrise regierte eine liberal-konservative Koalition nach den Privatisierungs- und Sozialabbau Rezepten der Troika aus Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und EU-Kommission.

Die heutige Regierung in Portugal

kam mit dem Versprechen an die Macht, die unsoziale Politik zu beenden, den Mindestlohn und die Renten anzuheben, die Wirtschaft anzukurbeln. Aber nicht alle ihre Vorhaben konnte sie bislang umsetzen. Immerhin wurde der Mindestlohn auf ca. 600 Euro erhöht, die Renten sind nicht mehr eingefroren, Privatisierungen und Lohnkürzungen wurden zum Teil zurückgenommen. Dennoch stehen einer Senkung der Arbeitslosenquote auf unter 7 Prozent und einer gestiegenen Binnenkaufkraft die Vernachlässigung zentraler sozialer Bereiche wie Schulen, Krankenhäusern und öffentlicher Verwaltung gegenüber. Die massiven Streikwellen Anfang 2019, insbesondere im öffentlichen Dienst sowie

im Transportwesen, für höhere Löhne sind eine Reaktion hierauf. Dazu Luis Fazenda: „Ich finde es ganz normal, dass die Streikwelle insbesondere im öffentlichen Dienst weitergeht. ... Die Regierung verfügt über die nötigen Haushaltsmittel, um einen großen Teil der Forderungen der Streikenden zu erfüllen.“

Martin Gronau

Pia Klemp, Kapitänin des Seenotrettungsschiffes „Seawatch III“, auf dem Europa-Parteitag der LINKEN

Mit jedem Ertrinkenden stirbt die Würde der Europäer

„Als Folge einer gezielten Abschottungsstrategie bleibt das Mittelmeer die tödlichste Grenze der Welt. Und innerhalb Europas wird die Hilfe für Menschen auf der Flucht blockiert und kriminalisiert. [...] NGO-Schiffe werden rechtswidrig in Häfen festgesetzt, Flaggen werden entzogen, offizielle Dokumente angezweifelt, und die Besatzung sieht sich



Foto: Dirk Anhalt

mit hanebüchenen Vorwürfen von Schlepperei konfrontiert. [...]

Lasst uns nicht vergessen: Menschenrechte sind nicht bloß zu unserem persönlichen Vorteil da. Sie sind vor allem eine Verpflichtung. Mit jedem Ertrinkenden im Mittelmeer ertrinkt die Würde eines jeden

Europäers. Mit jedem Flüchtenden, den wir in libyschen Internierungslagern oder auf See sterben lassen, lassen wir die Menschenrechte sterben. Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, das Recht auf einen Asylantrag – das sind unsere Rechte, die da untergehen.“